

Handelsblatt

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Chefredakteur: Bernd Ziesemer
 Stv. Chefredakteure:
 Hermann-Josef Knipper, Peter Brors
 Verantwortl. Redakteur Meinung & Analyse: Thomas Hanke
 Leserbriefe: Redaktion Handelsblatt, Postfach 102741, 40018 Düsseldorf
 E-Mail: hb.leserbriefe@vhb.de

PORSCH

Schwarzer Peter

Porsche perfektioniert das Prinzip Schwarzer Peter. Vorstandschef Wendelin Wiedeking fühlt sich von der Politik angesichts eines drohenden neuen VW-Gesetzes ungerecht behandelt. Jetzt macht er die Politiker auch noch für seinen Streit mit Volkswagens Betriebsratschef Bernd Osterloh über die Spielregeln für das neue Autoteil VW verantwortlich. Sein Aufsichtsratschef Wolfgang Porsche schlägt ebenfalls um sich: Neben Osterloh und Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) bekommt der VW-Vorstand sein Fett ab: Porsches Vorwurf: Der Vorstand habe weder den Vertrieb noch die eigenen Leute, die gegen sein Unternehmen protestierten, im Griff.

Pflich, hieß es am Rande der VW-Betriebsversammlung mit 16 000 Teilnehmern schnell. Dabei rührt Wolfgang Porsche mit dem Finger in einer Wunde, die Winterkorn längst ausgemacht hat.

Die Vehemenz von Wiedekings und Porsches Äußerungen zeigen, wie sehr der Großaktionär seinerseits unter den Attacken der aus Stuttgarter Sicht vereinten Truppen von Politik, Gewerkschaft und VW-Betriebsrat leidet. Die Konsequenz liegt auf der Hand: Es muss endlich Schluss sein mit dem unsinnigen Schauspiel um Europas größten Autobauer.

Hinter den Kulissen loten die Opponenten Wiedeking und Osterloh längst einen Kompromiss aus. Sollen die Gerichte entscheiden, ob das in der Satzung festgelegte Vetorecht rechtens ist – ein neues VW-Gesetz braucht keiner. VW und Porsche können sich dann auf das Wesentliche konzentrieren: den Angriff auf Toyota.
 mc.schneider@handelsblatt.com

ABGELTUNGSTEUER

Guter Vorschlag

Wenn sich führende CDU-Politiker dafür starkmachen, dass die Bürger mehr privat für ihr Alter sparen können, ist das eine gute Idee. Aktienfondssparpläne mit langen Laufzeiten sollen nach ihrer Ansicht von der ab 2009 geltenden Abgeltungsteuer befreit werden. Am kommenden Mittwoch wird die Diskussion des Gesetzesentwurfs im Bundeskabinett zeigen, wie der Koalitionspartner SPD zur Idee steht, dem Bürger mehr Freiheit bei der Altersvorsorge zu gewähren.

ten als Sachwertinvestition Inflationsschutz. Bei Jahrzehnte laufenden Sparverträgen summieren sich wenige Renditepunkte Unterschied im Jahr auch bei kleineren Sparraten auf fünfstelligen Differenzen im Endkapital.

Auf diese Differenzbeträge sind Menschen ohne großes Vermögen im Alter angewiesen, da die gesetzliche Rente nicht mehr reicht. Deren Sparwillen dürfte die neue Abgeltungsteuer ohnehin blockieren. Zudem schafft sie eine Ungleichbehandlung zwischen heute Vermögenden, deren Kursgewinne aus bestehendem Finanzkapital Bestandsschutz vor der Abgeltungsteuer genießen, und denjenigen, die erst Kapital aufbauen müssen. Eine Befreiung langfristiger Sparpläne mit Aktien würde diese negativen Effekte abmildern. Sie weist daher in die richtige Richtung. Außerdem würde sie die ohnehin schwache Aktienkultur stärken.
 rezmer@handelsblatt.com

ARBEITSMARKT

Erste Warnsignale

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt hat seinen Höhepunkt wohl überschritten. Die Grundtendenz bleibt zwar positiv. Dass die Arbeitslosigkeit im Frühjahr 2008 langsamer sinkt als gewohnt, hat auch damit zu tun, dass es nach einer besonders milden Winterflaute einfach weniger abzubauen gibt. Doch die Zeiten ungetriebener Euphorie gehen offenbar zu Ende.

strukturellen Probleme zu lösen. Dass sie einen konjunkturbedingten Geldsegen teilweise genutzt hat, um den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zu senken, ist zwar ehrenwert – aber noch keine wirklich große Leistung. Dass die Schul- und Bildungspolitik inzwischen stärker in den Fokus rückt, ist ebenso wichtig – verspricht aber keine schnelle Wirkung. So könnte sich bald zeigen, dass die bisherigen Reformen des Arbeitsmarkt längst nicht genügend konjunkturfest gemacht haben.

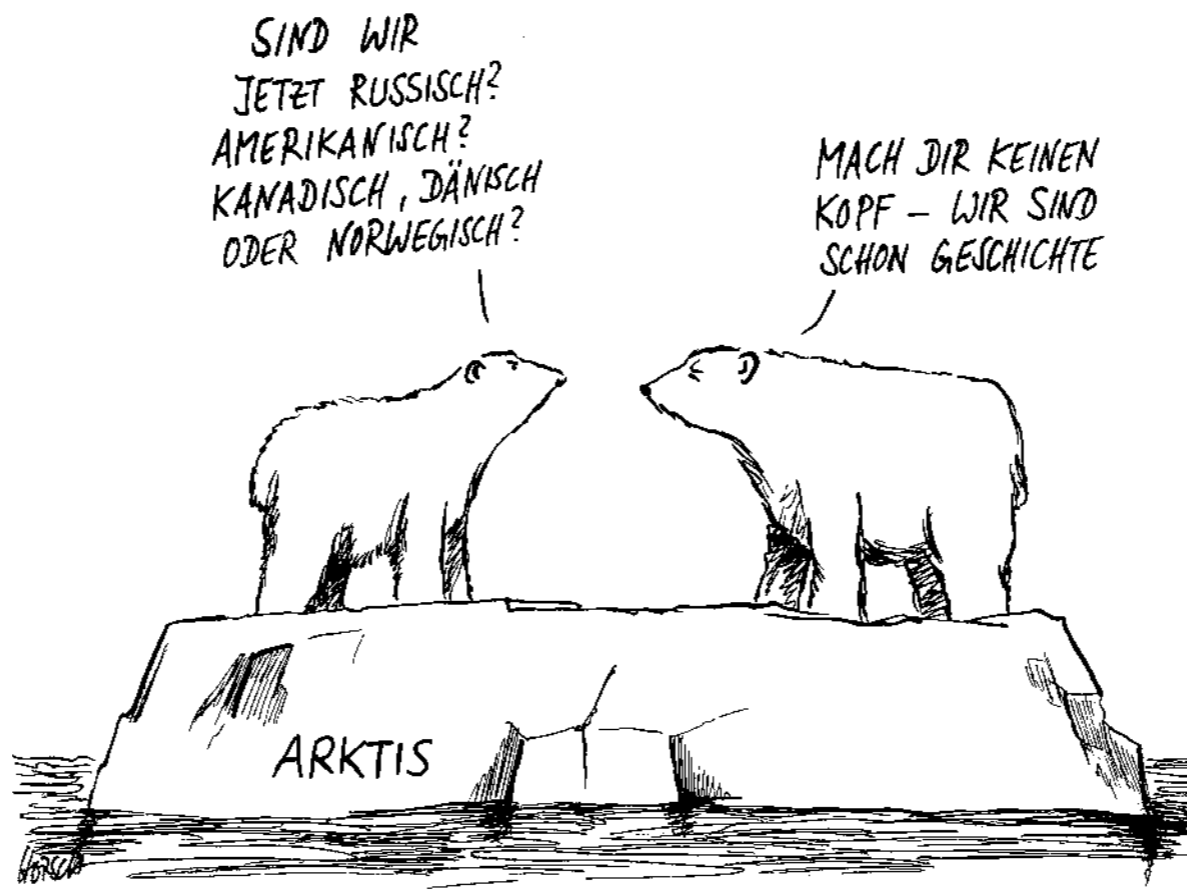
Erst wenn sich das wirtschaftliche Klima einmal dreht, kommt zum Beispiel die Rechnung dafür, dass Ältere wieder länger Arbeitslosengeld erhalten. Auch die Beschäftigungsrisiken durch Mindestlöhne werden sich dann mit neuer Deutlichkeit zeigen. Für den Arbeitsmarkt wäre es gewiss kein Schaden, wenn die Regierung dergleichen wegen ihrer Zerstrittenheit auf Eis legen müsste.
 creutzburg@handelsblatt.com

Leserforum

„Wenn es um den eigenen Profit geht, wird auch die Partei ‚Die Linke‘ zum Kapitalisten.“

Xaver Glass

Leserbriefe und Kommentare zu Weblogs und Artikeln finden Sie jeden Freitag in der Kunstmarktbeilage auf SEITE K4



USA

Traum und Trauma

MARKUS ZIENER

Die Analogie war höchst unglücklich gewählt: Als Hillary Clinton kürzlich die Wahlkampagne 2008 mit jener des Jahres 1968 verglich, da ging ein Aufschrei der Entrüstung durch die demokratische Partei. Denn Hillary begründete ihren Verbleib im Rennen um die Nominierung mit den Ereignissen vor 40 Jahren. Damals gab es mit Robert F. Kennedy auch einen jugendlichen Aufsteiger wie heute Barack Obama – und mit Lyndon B. Johnson einen Kandidaten des Establishments.

Doch noch bevor Robert Kennedy am 5. Juni 1968 angeschossen wurde und tags darauf starb, gab LBJ auf, obwohl er eigentlich auf die Wiederwahl hoffen durfte. Übrig blieb als demokratischer Präsidentschaftsbewerber nur der blasse Hubert Humphrey, der schließlich gegen den Republikaner Richard Nixon verlor. Was Hillary Clinton deshalb mit ihrem Vergleich eigentlich sagen wollte: Sie will kein zweiter LBJ sein. Was sie aber unfreiwillig damit auch sagte: Wer weiß, was mit Blick auf Barack Obama in den nächsten Wochen noch geschieht.

So unsensibel Hillary Clinton ihre Worte auch wählte, so sehr hat sie einen wunden Punkt berührt. Denn 1968 bezeichnet für die Demokraten bis heute eine historische Wasserscheide. Machtpolitisch markiert das Jahr das Ende eines goldenen Zeitalters. Seit 1933 hatten Demokraten im Weißen Haus regiert, einzig unterbrochen durch acht Jahre der Präsidentschaft von Dwight D. Eisenhower. Doch nach dem Tod von John F. Kennedy schien

die Erfolgsspur für die Demokraten zu Ende zu gehen. Unter Johnson verstrickte sich das Land tief im Vietnamkrieg. Und durch die Unterstützung der schwarzen Bürgerrechtsbewegung hatten sich die Demokraten ihre Position im Süden der USA verbaut. Die weißen Amerikaner liefen zu den Republikanern über – und blieben dort zu großen Teilen bis heute.

Doch auf einmal erschien eine Erlösung aus dieser Misere möglich. Und die war mit dem Namen von Robert F. Kennedy verbunden. RFK sollte die tiefen Gräben überwinden, welche die 60er-Jahre geschlagen hatten. Der jugendliche Kennedy versprach den Ausstieg aus dem Vietnamkrieg, und es schien, als könne er in seiner Person viele aus der einstigen demokratischen Gefolgschaft wieder versöhnen, die in die Protestbewegung abgewandert waren. Außerdem war der Junior-Senator aus New York bei der schwarzen Bevölkerung hoch angesehen. Gemeinsam mit Martin Luther King und Johnson hatte er die Ziele der Bürgerrechtler über Jahre vehement unterstützt. Nach dem Tod von King nur zwei Monate zuvor hatte Kennedy zudem genau jene Fragen gestellt, die in eine neue Richtung wiesen. „Wie kann es sein, dass wir den Schwarzen zwar Schecks ausstellen, ihnen dann aber sagen, dass es keine Jobs gibt?“

Kennedy wollte weg vom liberalen Wohlfahrtsstaat, der sich unter Johnson breit gemacht hatte, und hin zu mehr Selbstverantwortung. Die politische Bewegung sollte von unten kommen, nicht mehr nur von oben. So wurde RFK in der kurzen Zeit seiner

Wahlkampagne regelrecht zum Volkstribun, den die Menschen auf Händen trugen.

Doch am 82. Tag des Rennens um die Präsidentschaft war der Traum schon wieder zu Ende. Am Abend seines Vorwahlsieges in Kalifornien wurde Kennedy von dem Palästinenser Sirhan Sirhan erschossen. Die Demokraten rutschten in ein tiefes Tal, die Wiederwahl von Richard Nixon vier Jahre später entwickelte sich zu einem Desaster. Der demokratische Bewerber George McGovern verlor 1972 in 48 von 50 Bundesstaaten. Und abgesehen von der kurzen und unglückseligen Präsidentschaft von Jimmy Carter, sollten die Demokraten bis 1992 bei der Vergabe der Präsidentschaft nur Zuschauer sein.

Die Demokraten im Jahr 2008 treibt deshalb zweierlei um: die großen Chancen, die mit einem Sieg von Barack Obama verbunden wären, und der Abgrund, der droht, sollte die Rückkehr ins Weiße Haus misslingen. Mit Barack Obama verfügt die Partei wie seit langem nicht mehr über eine Figur, welche die Massen inspiriert und mobilisiert. Er soll nicht weniger leisten als das: die Demokraten wieder zu jener bestimmenden Kraft werden lassen, die sie einst waren. Scheitert er jedoch bei diesem Versuch, dann fürchten viele den Absturz in die Sinnkrise. Dann wird die Partei mit der Tatsache hadern, dass sie dem Visionär Obama ihr Vertrauen schenkte und nicht der Arbeiterin Hillary Clinton. Und das schmerzliche Kennedy-Trauma bliebe weiter am Leben.
 ziener@handelsblatt.com

ORDNUNGSPOLITISCHER EINSPRUCH

Moral als Unternehmenswert

Die Debatte über ethische Standards ist existenziell notwendig, um die Ordnung der Freiheit zu stabilisieren

Die Frage nach der Moral des Einzelnen ist ebenso beliebt wie unbestimmt. Sie ist Anspruch und Anklage zugleich, sie will auf das Wesentliche hinweisen und läuft Gefahr, ins Unverbindliche zu entgleiten. Sie bezieht sich auf Verhaltensnormen und muss doch auf spezifische Regelwerke verzichten. Das damit umschriebene Terrain ist dadurch noch schwerer zu vermessen, dass die Moralfrage gerne als scharfes Trennschwert zwischen verschiedenen Lebensbereichen benutzt wird. Die Wirtschaft als Ganzes findet sich dabei schnell unter dem Generalverdacht fehlender Moral.

Man entkommt der Diskussion über die moralische Orientierung des Einzelnen grundsätzlich nicht, freilich haben solche Diskurse Konjunktur in Zeiten wie diesen – Zeiten, die durch gravierende Umbrüche der Lebenswirklichkeit, tiefgreifende Veränderungen politischer Systeme, die Krise von Institutionen sowie den Zerfall von Haftungsstrukturen gekennzeichnet sind. Dann ist die Debatte über Moral und explizite ethische Standards nicht nur hilfreich, sondern geradezu existenziell notwendig, um die Ordnung der Freiheit zu stabilisieren.

Dabei tritt ein fundamentales Problem der Freiheitsgesellschaft offen

zutage. Das Dilemma nämlich, dass sie weder im Politischen noch im Ökonomischen ohne die Moral des Bürgers nicht auskommt, diese aber weder verordnen noch erzwingen oder einlagern kann. Für die Marktwirtschaft kommt erschwerend hinzu, dass sie nach der Individualmoral, nach den Motiven der Akteure nicht fragt. Allein deshalb ist die disziplinierte öffentliche Debatte über diese Fragen notwendig, nur so können gemeinsame Überzeugungen entstehen und kann Verbindendes wirksam werden.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat diese Woche zum achten Mal den Max-Weber-Preis für Wirtschaftsethik vergeben, um genau diesen Diskurs zu geben und die möglichen Klärungsprozesse zu befördern. Bundespräsident Köhler hat in seiner Festrede das skizzierte Dilemma zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen gemacht und in zwei Richtungen gewiesen. Einerseits führt kein Weg daran vorbei, Bürgersinn zu beleben, weil die damit verbundene Selbstbeherrschung und Selbstkontrolle – den Durchgriff des Staates – überflüssig machen. Andererseits sei aber auch der Staat nicht machtlos dem benannten Dilemma ausgeliefert. So könne er Institutionen schaffen, die

Anreize setzen, sich als vertrauenswürdig zu erweisen. Solche Regeln müssten als plausibel und gerecht empfunden werden können, beispielsweise weil gleiches Recht für alle gelte und alle gleichermaßen bei Fehlverhalten sanktioniert werden. Nicht unterschätzen dürfe man auch die Wirkung einfacher, transparenter und deswegen berechenbarer Systeme. Die Fairness staatlichen

weist der jüngst veröffentlichte Bericht zur Akzeptanz des Corporate-Governance-Kodexes, dass diese auf hohem Niveau liegt.



MICHAEL HÜTHER ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln.

Handelns speist sich besonders auch daraus.

Es wird indes nicht gelingen, die Ordnung der Freiheit zu stabilisieren, wenn nur auf den Staat und die von ihm zu verantwortenden Regelwerke geschaut wird. In jedem Lebensbereich gibt es Spielregeln des Anstands; im Wirtschaftsleben durch den „ehrbaren Kaufmann“ bestimmt. In diesem Licht erscheinen, wie Horst Köhler es formulierte, „Rundum-Sorglospakete“ für Vorstand als fragwürdig, die das Haftungsprinzip schwächen. Allerdings

FUSSBALL

Globales Geschäft

JOACHIM HOFER

Sie haben den Blondschoopf gefeiert, als hätte er sein ganzes Leben in Indien verbracht: 120 000 Fußballbegeisterte jubelten diese Woche Ex-Nationalspieler Oliver Kahn zu, als er in Kalkutta zum letzten Mal in seiner Profikarriere im Tor stand.

Die schier grenzenlose Begeisterung der Inder war für Kahn ein bewegender Abschied. Für die Fußball-Industrie war das Fest in der einst durch Mutter Teresa bekanntgewordenen Millionenstadt der endgültige Beweis, dass die Sportart dabei ist, die ganze Welt zu erobern. Denn es ist noch nicht allzu lange her, da haben sich die Inder für Fußball genauso wenig interessiert wie die Deutschen für deren Nationalsport Cricket.

Doch es sind nicht nur die Inder, die den Fußball für sich entdeckt haben. Überall in Asien gewinnt der Mannschaftssport Anhänger, die Umsätze der gesamten Branche klettern deshalb. Vereine und Sender profitieren von den Einnahmen aus den TV-Übertragun-

die Toiletten verstopft und das Fett in den Fritteusen ranzig war. Heute bieten die Arenen eine angenehme Atmosphäre, die immer mehr Familien anzieht. Im zugehenden Münchener Olympiastadion seien unter 100 Besuchern nur fünf Frauen gewesen, erinnert sich Karl-Heinz Rummenigge, der Chef des Deutschen Meisters FC Bayern. In der modernen und bequemen Allianz-Arena liegt der Anteil jetzt schon bei 30 Prozent.

Ein Grund für den breiten Zuspruch ist auch, dass Vereine und Polizei die Hooligans weitgehend im Griff haben. Wer heute ins Stadion geht, der muss in aller Regel keine Angst mehr haben, dass er in einen Bandenkrieg verwickelt wird. Das war vor 30 Jahren noch ganz anders.

Allerdings muss die Branche aufpassen, dass sie es mit ihrer professionellen Vermarktung nicht überreibt. Sie läuft Gefahr, dass das Spiel zu glatt wird, dass die Emotionen verlorengehen. Wenn in den Stadien zu viele Managergatt-

tinnen sitzen, die sich an ihren Champagner-Gläsern festhalten, während die Männer in der Loge Geschäfte machen, dann leidet die Stimmung, ist von der prickelnden Atmosphäre nichts mehr zu spüren.

Dazu kommt: Wer seine Spiele nur noch mit Blick auf die TV-Vermarktung ansetzt, der darf sich nicht wundern, wenn die Fans zu Hause bleiben. Wer hat schon Zeit, sich am frühen Freitagmorgen auf eine Auswärtsreise auf die Reise zu machen? Diese Gefahr droht übrigens auch, wenn kleine, aber mit potenten Sponsoren ausgestattete Vereine auf einmal in der Fußball-Oberklasse auftauchen.

Der jüngste Durchmarsch von 1899 Hoffenheim in die Bundesliga zeigt deutlich, dass sich mit Geld sportlicher Erfolg kaufen lässt. Das Team aus Baden-Württemberg lebt von den Millionen des SAP-Gründers Dietmar Hopp. Doch wenn eines Tages nur noch SAP gegen VW und die Energiegigant Gazprom gegen Eon antreten, dann dürften sich viele Fans enttäuscht abwenden.

Noch ist es aber nicht so weit, noch profitieren Fans und Vereine, Profisender und Sportkonzerne wie Adidas und Nike davon, dass das Fußballgeschäft immer professioneller wird. Deshalb ist jetzt schon klar, dass die Europameisterschaft für alle Seiten ein Erfolg wird. Falls kein Unglück die Meisterschaft überschattet, werden viele Millionen Menschen drei Wochen lang Abend für Abend ihren Spaß haben.
 hofer@handelsblatt.com

Die Branche darf ihre professionelle Vermarktung nicht übertreiben.